

Der Biotag bringt vieles an den Tag

Als gemeinsame Veranstaltung führten Plantahof und Strickhof Mitte November den Biotag an beiden landwirtschaftlichen Zentren durch. Unter dem Titel «Biolandbau – wohin?» diskutierten an beiden Tagen 230 Bäuerinnen und Bauern aktuelle Fragen und mögliche Antworten für die Zukunft. Als Grundlage für das lebhaftes Ringen um die Biozukunft diente eine Umfrage, an sich der fast 400 Knospe-Landwirte beteiligt hatten.

Es war nicht der erste und es wird nicht der letzte Fragebogen gewesen sein, der auf den Knospe-bäuerlichen Tischen landete. Die Umfrage von Plantahof und Strickhof hatte zum Ziel, die Zukunft des Biolandbaus in der Schweiz zu skizzieren. Knapp 400 Biobäuerinnen und Biobauern stellten sich dieser Aufgabe.

Die von den beiden Bildungs- und Beratungszentren lancierte Befragung sollte das «Zukunftsbild der Bioszene» erheben. 2485 Knospe-Betriebe in einer «erweiterten Ostschweiz» (SG, TG, ZH, ZG, GL, GR, AG) erhielten im Herbst 2008 den Fragebogen mit acht Themenschwerpunkten, den es mit ebenfalls acht Kreuzchen zu beantworten galt. 398 ausgefüllte Bogen, das entspricht 16 Prozent und gilt als guter Rücklauf, landeten bei den Fragestellern Bettina Springer und Erik Meier (Strickhof) sowie Paul Urech (Plantahof). Über die vorgegebenen Antworten hinaus konnten die Befragten Kommentare, Vorschläge und Bemerkungen anfügen. Diese Möglichkeit wurde gern genutzt, oft mit offenbar frisch gespitzen Bleistiften.

Von den Richtlinien bis zum Markt

■ **Richtlinien:** Der Reihe nach nun die acht aktuellen Themen rund um den Biolandbau. Beginnend mit dem «Sinn und Unsinn von Richtlinien» stellte sich die Frage, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Gut drei Viertel (76,5 %) der Befragten sind gegen ein Punktesystem, nach dem die Knospe, zusätzlich zum Minimalstandard nach Bioverordnung, vergeben werden könnte. Über zwei Fünftel (42 %) sind mit dem bestehenden Kontrollsystem zufrieden, da es sich bewährt habe.

Aus den Kommentaren geht hervor, dass eine Verwässerung des Labels als Gefahr erkannt wird. Einzelne stellten den Grundsatz auf: «Man ist Bio oder nicht.» Die Anforderungen müssten hoch angesetzt werden, und neben Plus- brauche es auch Minuspunkte (Bonus-Malus-System), so weitere Anmerkungen.

■ **Energie und Biolandbau:** Ein massiver Energieverbrauch und Biolandbau stehen wohl im Widerspruch. Energiebilanzen könnten den Umgang der Betriebe mit Energie messen. Dies als zwingende Vorschrift für die Knospe einzuführen befürworten nur 17 Prozent. Weitere 21 Prozent könnten sich auf freiwilliger Basis damit anfreunden. Fast zwei Drittel (64,4 %) sehen in den Energiebilanzen keinen Sinn, eher in Appellen oder Anreizsystemen zur Energieeinsparung. Bemerkungen zum Aufwand für zusätzliche Kontrollen beziehungsweise Labels sprechen ebenfalls dagegen. Futtermittelimporte, verursacht durch die 100-Prozent-Biofuttermittelvorschrift, seien nicht gerade energiesparend, merken mehrere Befragte kritisch an. Biobetriebe sollten Energie sparen und auf alternative Energien sowie regionale Erzeugung setzen.

■ **Werbung kontra Glaubwürdigkeit:** Die Werbung verklärt meist die Realität, auch im Biobereich. Aber wie stehen die Bäuerinnen und Bauern dazu? Für die meisten (61,7 %) muss Werbung «unbedingt erklärenden Charakter haben und den Konsumenten die wirklichen Zusammenhänge aufzeigen». Sonst gebe es eine Kluft zwischen Erzeugern und Konsumenten. Ein knappes Fünftel (19,4 %) empfinden die Knospe-Werbung zwar als «realitätsfern» oder «idyllisch», das sei aber «in Ordnung» und «professionell» so. Fast ebenso viele (18,8 %) meinen, dass sich Bio Suisse die Werbeausgaben schlicht sparen kann.

Die Anmerkungen hierzu sind gegensätzlich. Den einen gefällt die jüngste Werbekampagne von Bio Suisse und sie finden: «Werbung muss übertreiben.» Andere sind überzeugt, dass nur Transparenz und Glaubwürdigkeit zum Ziel führe. Das Gespräch zwischen Konsument und Bäuerin sei genauso wichtig, benötige aber Zeit.

■ **Gerechte Produzentenpreise:** Frage Nr. 4 beginnt mit einer Behauptung: Der Marktpreis habe bald nichts mehr mit dem Wert des Produktes zu tun. Das führt zum Ruf nach fairen Erzeugerprei-

sen, gerade für Bioprodukte. Einer von vier Lösungsansätzen, für den gut 43 Prozent gestimmt haben, sieht eine verbesserte Preistransparenz vor: Wer wie viel vom Produktpreis erhält, müsse deklariert sein.

Gut 23 Prozent plädieren für eine Vertragsproduktion mit den Konsumentinnen und Konsumenten, knapp 15 Prozent befürworten staatliche Eingriffe ins Preisgefüge nach dem früher angewendeten Paritätslohnprinzip, und knapp 19 Prozent sehen in einer Mengensteuerung durch Bio Suisse den besten Vorschlag, um gerechte Preise zu erreichen.

Eine Deklarationsvorschrift, aus der hervorgeht, wer wie viel vom Produktpreis erhält, hätte zwar «erzieherischen Wert» für Konsumenten, Verarbeitende und Handel, notiert ein Landwirt, weiss aber: «Erziehung ist bei den wenigsten beliebt.» Eine «Superidee», findet jemand anders, aber Verarbeiter und Handel würden diese Art von Transparenz wohl «nie und nimmer akzeptieren». Mehrere Kommentare warnen vor Preisvorschriften und einer trägen Planwirtschaft. Gerechte Preise seien am ehesten durch Qualität und die Profilierung gegenüber andern Labels zu erreichen, unterstützt durch gute Werbung, Härte in Verhandlungen und möglichst direkte Absatzwege.

■ **Agrarpolitik generiert Teilzeitbauern:** Die Ausgangsthese besagt, dass uns die derzeitige Schweizer Agrarpolitik durch ihr Direktzahlungssystem schnurstracks in die Nebenerwerbslandwirtschaft führe. Das lässt drei Lösungsansätze offen. Ein Ja für den radikalen Strukturwandel (Vollerwerbsbetriebe fördern durch Halbierung der Flächenbeiträge und Erhöhung der Mindest-SAK auf 1) geben knapp 18 Prozent ab. 17 Prozent wollen diesen Strukturwandel nur, wenn er langsam und sozialverträglich gestaltet wird. Fast zwei Drittel (65,1 %) sagen Nein: Auch kleine und Nebenerwerbsbetriebe sollen gefördert werden. In den Bemerkungen werden die ganzen Vor-

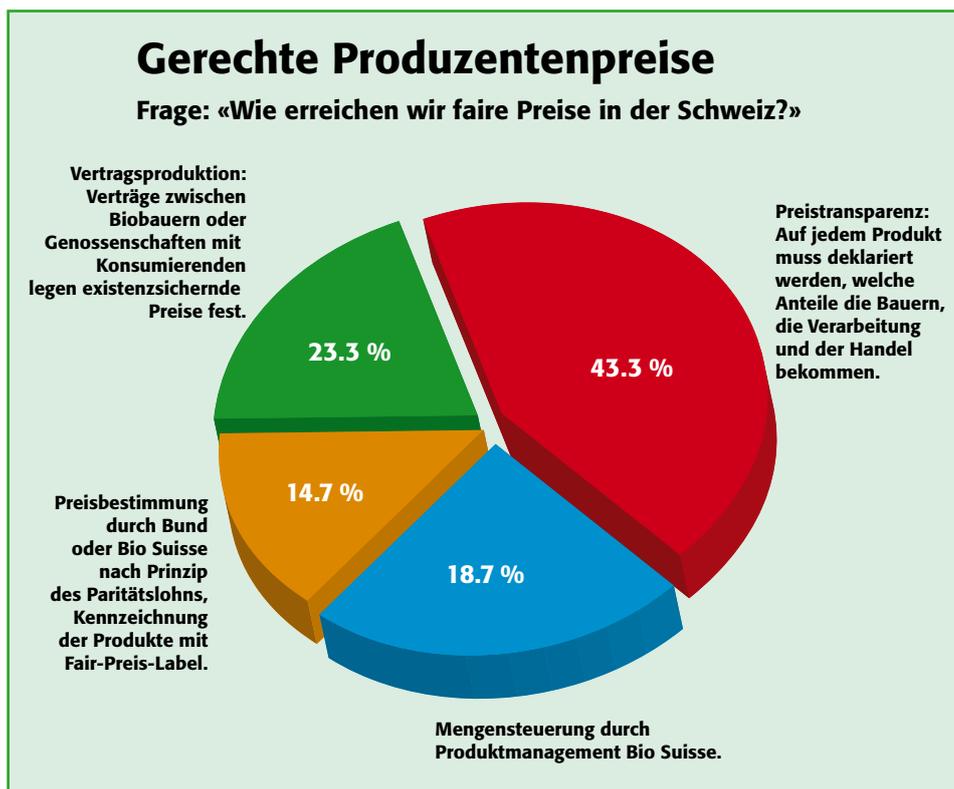
züge kleinbäuerlicher Strukturen aufgelistet, zum Beispiel: Diversifizierung ist eine Stärke von Bio, Qualität statt Quantität, kleine Betriebe sind ökologisch, sozial und regionalpolitisch (mindestens) so wertvoll wie grosse.

■ **Mehr Biofutter, mehr Biobeiträge:** Durch die 100-Prozent-Biofütterung kommen höhere Kosten auf die Biobetriebe zu. Sind diese Mehrkosten durch höhere Biobeiträge abzugelten? Gut die Hälfte (53 %) sagen dazu klar Ja. 37,4 Prozent möchten die Mehrkosten «durch Erhöhung der Produzentenpreise (Milch und Fleisch) vom Markt abgelten lassen», so die Vorgabe im Fragebogen. Nur 9,6 Prozent sind der Ansicht, die Mehrkosten seien bereits abgegolten.

Damit stellt sich die Gretchenfrage unter den Biobauern. Aussagen wie: «Ich bin bald am Schnittpunkt, an dem ich aussteige», oder «... sonst werden viele dem Biolandbau den Rücken zukehren» verdeutlichen dies. Einige wünschen sich den erlaubten Zukauf regionaler konventioneller Futtermittel. Aus anderen Biokreisen, vielleicht solchen mit vorteilhafteren Bedingungen, tönt es: «Viel Geschrei um die 10 Prozent mehr Biofutter», oder man fragt sich, warum Biobetriebe überhaupt Futter zukaufen müssen.

■ **Biofleisch im falschen Kanal:** Provokierend wird im vorletzten Punkt behauptet, dass 95 Prozent des in der Schweiz erzeugten Biofleisches konventionell vermarktet wird, denn Verarbeiter und Konsumenten achteten auf Qualität und nicht auf Bio.

Der Fragebogen gibt dann vier Massnahmen für die Qualitätsförderung von Bankfleisch zur Auswahl vor: Mastrassenanteil mindestens 50 Prozent (das haben 36,4 % der Antwortenden angekreuzt), Kraftfutter von 10 auf 20 Prozent erhöhen (21,5 %), Biomilchpulver für Mastkälber zulassen (27,9 %), obligatorische Parasitenbehandlung (14,1 %). Diese Massnahmen stehen aber kaum in direktem Zusammenhang miteinander, der Fragebogen scheint hier methodisch fragwürdig. Vielen Befragten fiel die Wahl offenbar schwer, und so machten 129 Bäuerinnen und Bauern zu dieser Frage gar kein Kreuzchen. Umso länger ist die Liste der angefügten Vorschläge. Als Hauptargument für einen verbesserten Biofleischabsatz soll die regionale Schlachtung, Verarbeitung und Vermarktung in den Vordergrund gerückt werden. Regionale Vermarktung sei wichtiger als Biovermarktung, merkt jemand an. Zudem will man auf Qualität setzen



Auf viel Unterstützung stösst die Idee, durch eine Deklarationspflicht transparent zu machen, wer wie viel vom Produktpreis erhält. In der Auswertung ist die Gesamtzahl aller Antworten = 100 Prozent gesetzt; Enthaltungen fallen also ausser Betracht. Das gilt für die Grafik und auch für die Angaben im Text.

und sich mit besseren Haltungs- und Fütterungsbedingungen und dadurch nahrhafterem Fleisch am Markt abheben, unterstützt durch Werbung und Aufklärung – gegenüber Metzgern, Köchinnen und Konsumierenden. Zurück zum Zweinutzungsgrund mit einem Anteil Fleischrasse ist ein weiterer Ansatz.

■ **Mehr Bio für den öffentlichen Mund:** Zwar fördern Bund und Kantone den Biolandbau. Die Unterstützung durch den Eigenkonsum von Behörden und Institutionen scheint dagegen gering zu sein, wohl aus Kostengründen. Die eine Hälfte der befragten Biobauern liebäugeln mit einem Zwangsanteil: 10,5 Prozent finden, die landwirtschaftlichen Schulen sollten mindestens einmal pro Woche ein Biomenü für alle anbieten; 39,3 Prozent fordern politischen Druck seitens Bio Suisse mit dem Ziel, dass mindestens 20 Prozent der von der öffentlichen Hand eingekauften Lebensmittel Bioprodukte sein müssen.

Die andere Hälfte (50,2 %) wollen keine Zwängerei und setzen auf den freiwilligen Bioeinkauf von Einrichtungen der öffentlichen Hand.

Auch bei dieser letzten Fragestellung entziehen sich über 100 einer Antwort. Die Bemerkungen setzen einerseits auf Kommunikation: Aufmerksam machen

auf den Widerspruch zwischen Bioförderung und Billigkonsum. Mehr Biobäuerinnen und Biobauern in die Parlamente. Gezielte erklärende Werbung. Andere dagegen wollen den Druck via Politik erhöht sehen – bis hin eben zum Zwangsbioconsumanteil. Und jemand schlägt vor, den staatlichen Einrichtungen preisgünstige Biomenus anzubieten.

Es ist nicht ganz klar, warum folgende Bemerkung just zur Frage nach dem staatlichen Biokonsum notiert wurde, aber vorenthalten wollen wir sie niemandem:

«Die Stellen bei Bio Suisse, FiBL, in der Biokontrolle sollten vermehrt besetzt werden durch Leute mit einem landwirtschaftlichen Praxisbezug und nicht von sogenannten Städtern und Aussteigern, die nur in Illusionen leben und uns das Praxisleben erschweren (...)

Reiner Schilling und Markus Bär